

*Erklärung der DKP Essen zum Tarifkonflikt zwischen GDL und Deutsche Bahn AG  
Beschlossen von der Kreismitgliederversammlung am 10.05.2015*

Die DKP Essen verurteilt jegliche Hetze aus Medien und Politik, die versuchen den Streik der Lokführer und Zugbegleiter der GDL zu delegitimieren und eine ablehnende Stimmung gegenüber den Streikenden in der Gesellschaft zu schüren.

Wir fordern die Deutsche Bahn AG auf, ernsthafte Verhandlungen in diesem Tarifkonflikt aufzunehmen.

Wir halten den Arbeitskampf der GDL für legitim und solidarisieren uns mit den Streikenden der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL).

Wir begrüßen es, wenn sich KollegInnen organisieren und Kämpfe zur Verbesserung der eigenen Arbeitsbedingungen führen.

Allerdings werden wir Kommunisten uns immer für das einheitliche Handeln aller Beschäftigten eines Betriebes einsetzen, die der einzige Garant für die Solidarität mit den Schwachen durch die Starken darstellt. Das Abrücken von diesem Solidarmodell vertieft nur weiter die Spaltung der Arbeiterklasse. Deshalb fordern wir für alle Beschäftigten im Bahngewerbe einen Flächentarifvertrag.

Während die privatisierte Deutsche Bahn AG Milliarden-Gewinne einstreicht, verweigert sie ihren Beschäftigten anständige Lohnerhöhungen und versucht Arbeitnehmer\*innenrechte zu untergraben. Gerade das Beispiel der Deutschen Bahn zeigt, dass die Privatisierungen von Unternehmen für die Angestellten in erster Linie Arbeitsverdichtung, sinkende Löhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zur Folge haben.

Seit gut 20 Jahren ist die Deutsche Bahn privatrechtlich als Aktiengesellschaft organisiert. Auch wenn der nächste Versuch zur Privatisierung kommen wird: Noch gehören alle Anteile dem Bund. Der Staat als Eigentümer hat entscheidenden Einfluss auf das Management. Doch er nutzt diese Position nicht zur Durchsetzung von Arbeiter\*innenrechten und für ein funktionierendes Eisenbahnwesen. Im Gegenteil: Die Bundesregierung ist maßgeblicher Akteur in diesem Konflikt. Mehr noch: Sie trägt die Hauptverantwortung für dessen Eskalation, unter der nun erneut die Fahrgäste zu leiden haben.

SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles hat mit Ihrem Entwurf zum Tarifeinheitsgesetz den aktuellen Streik erst heraufbeschworen.

Wir fordern die Bundesregierung auf ihren Gesetzentwurf über die Tarifeinheit zurück zuziehen. Schließlich würde mit Inkrafttreten dieses Gesetzes – welcher für Juli vorgesehen ist – das im Grundgesetz garantierte Streikrecht aller Gewerkschaften eingeschränkt werden. Deshalb wollen der Vorstand der Deutschen Bahn im Verein mit der Bundesregierung und der Bundestagsmehrheit die Tarifverhandlungen bis zum Inkrafttreten des Tarifeinheitsgesetzes verschleppen.

Das Tarifeinheitsgesetz ist riesiges Einfallstor, was irgendwann auch auf die „großen“ (DGB-) Gewerkschaften zurückfallen kann. Eine Beschränkung des Streikrechts ist in jeder Situation unakzeptabel und erfordert die Solidarität aller Gewerkschaften, Beschäftigten und aus der Bevölkerung. Dass die Bahn-Spitze nun erneut Millionen zum Fenster hinauswirft - vom Verlust an Image und Kundenzufriedenheit ganz abgesehen - ist ausschließlich dem Ziel geschuldet, das Streikrecht sturmreif zu schießen.